



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Oestreich und Preußen.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Oestreich und Preußen.

Der Kampf um die freie Hand. Nondum meridies. Berlin, G. A. Herbig. —

Es wird sich wol niemand darüber täuschen, daß die Friedenshoffnungen, mit denen das vergangene Jahr abgeschlossen hat, auf Illusionen beruhen. Wäre es anders, könnte man sich in der That denken, daß auf Grundlage der vier Garantiepunkte, wieweit man ihren Sinn auch immer ausdehnen möge, ein Friede zwischen den kriegführenden Mächten zustandekäme, so wäre das für Deutschland das größte Unglück. Zwar enthalten jene Punkte ohne Zweifel eine Schwächung Rußlands, aber nicht nach der Seite hin, die uns gefahrdrohend ist. Rußland würde für die erste Zeit seine orientalischen Ideen beiseitelegen und sich für seinen Machtverlust auf eine andere Weise zu entschädigen suchen. Das könnte nicht anders geschehen als auf Kosten Deutschlands und namentlich auf Kosten Preußens. Das Verhalten Preußens während des letzten Jahres hat zwar der russischen Politik sehr unter die Arme gegriffen und die Westmächte in einer Weise gereizt, daß sie gewiß zu jeder Benachtheiligung Preußens gern die Hand bieten werden; allein es war auch wieder nicht von der Art, Rußland jenen Dank abzuwingen, den der Starke nur dem Starken willig zugesteht. Preußen bietet dem Feinde sehr viele verwundbare Stellen, sowol in seinen Bestzungen, als namentlich in seinen gerechten Hoffnungen, und die russische Politik ist überlegen genug, um den Fehler, den sie in einem Augenblick des Uebermuths begangen, wieder gut zu machen. Eine Combination, wie das gegenwärtige Bündniß gegen Rußland, wird nicht leicht wiederhergestellt werden, am wenigsten zu Gunsten Preußens, ganz abgesehen davon, daß man trotz der bewundernswürdigen Geschicklichkeit, welche der französische Kaiser entfaltet, diesen vulkanischen Boden noch immer nicht berechnen kann. Preußens Zukunft beruht auf dem Erwerb der Herzogthümer Schleswig-Holstein, auf der Bildung einer Ostseeflotte mit einem Kriegshafen, auf der Hegemonie über diejenigen deutschen Kleinstaaten, die als seine Enclaven zu betrachten sind, auf der Aufhebung des Sundzolls und der Aufhebung der russischen Grenzsperrre; nebenbei auf der Sicherung der französischen Grenze und dem herzlichen und offenen Einverständnis mit Oest-

reich in allen übrigen Dingen. In allen diesen Punkten würde der russische Kaiser, sobald er von den Westmächten den Frieden erkaufte, Preußen entgegenzutreten müssen, weil seine Interessen in allen diesen Punkten mit denen des Nachbarstaates in einen unvermeidlichen Conflict kommen, und daß er in solchen Fällen die verwandtschaftliche Pietät nicht über sein Interesse dominiren läßt, hat er in den Jahren 1849 und 50 hinlänglich gezeigt.

Niemand würde also von dem gegenwärtigen Abschluß eines Friedens so benachtheiligt werden als Preußen, und, was wir niemals davon trennen, Deutschland. Auch Oestreich würde in eine sehr bedenkliche Lage kommen, denn es hat Rußland sehr schwer gereizt, und bei einer günstigen Gelegenheit würde der letztere Staat sich wol zu rächen suchen. Allein die Interessen üben doch immer einen mächtign Einfluss aus als die Leidenschaften, und wenn nicht Oestreich gradezu in den Besitz der Donaufürstenthümer kommt (wovon ja in den vier Garantiepunkten weder direct noch indirect die Rede ist), so wäre nicht abzusehen, welchen Gewinn Rußland von einem Angriff auf Oestreich ziehen sollte. Ob Krakau und Lemberg russisch oder östreichisch sind, das ist gewiß eine viel unwichtigere Frage, als die andere, in wessen Händen Kiel sein soll.

Unter diesen Umständen müssen wir die Aussicht, daß der Friede unmöglich, wenigstens im höchsten Grade unwahrscheinlich ist, so sehr sich unser menschliches Gefühl dagegen sträubt, als eine glückliche begrüßen. Diese Aussicht beruht aber darauf, daß die Westmächte in diesem Augenblick keinen Frieden anbieten können, den Rußland annehmen könnte. Wir wollen von der Geldfrage absehen, die doch auch zugleich eine Ehrenfrage ist, für die sich indessen eine Ausgleichung finden könnte, und nur darauf hinweisen, daß englisches und französisches Blut geflossen ist, für welches eine Geldentschädigung anzunehmen kein englischer oder französischer Minister die Kühnheit haben würde. Die Westmächte müssen also politische Anforderungen stellen, sie müssen Garantien materieller Natur fordern, Garantien so ernster Art, daß sie auf das französische und englische Volk einen sinnlichen Eindruck machen, und auf diese einzugehen kann der Kaiser von Rußland solange keine Veranlassung haben, als bis sich auch Preußen gegen ihn erklärt hat, da der Entscheidungskampf nur durch Preußen und mit Preußen geführt werden kann. Bis jetzt aber glaubt Rußland noch immer, sich bei der Hoffnung beruhigen zu können, daß eine wesentliche Aenderung in der preussischen Politik nicht eintreten wird, und wenn es darin einen Rechnungsfehler begeht, wenn es den Einfluss der Personen im Verhältnis zu den Thatsachen zu groß anschlägt, so ist das wieder äußerst menschlich.

Wenn aber der Friede in diesem Augenblick nicht geschlossen wird, so wird in Erfüllung gehen, was wir gleich zu Anfang der Crisis ausgesprochen,

daß der gegenwärtige Kampf an Tragweite nur dem Kampf der Jahre 1812 bis 1815 an die Seite zu stellen sein könnte. Die Krisis von 1848 war nur dem Anschein nach von Wichtigkeit, und gleich zu Anfang derselben hätte jeder Einsichtsvolle davon überzeugt sein müssen, wenn sie nicht freilich dem Zufall einen so weiten Spielraum dargeboten hätte, daß dabei jede Berechnung überhaupt aufhören mußte. Sie war weiter nichts, als der Ausbruch einer dunkeln, unklaren Gährung, in welcher alle ungesunden Stoffe des europäischen Staatskörpers zum Vorschein kamen; aber keineswegs der Ausbruch eines neuen organischen, lebensvollen Keimes, der die alten Bildungen als seinen Stoff verbrauchte. In der gegenwärtigen Krisis dagegen geht der mächtige Trieb des Instincts mit dem realen Bewußtsein der Völker Hand in Hand; und wenn sie nicht durch ein ganz unwahrscheinliches Nachgeben Rußlands unterbrochen wird, so wächst sie von Tage zu Tage mit der Gewalt einer Lawine, wie sie bisher in stetigem Fortschritt gewachsen ist, von der ersten Sendung des Fürsten Menschikoff bis zum Decembervertrag, und sie wird nicht eher aufhören, als bis das bisher sogenannte europäische Gleichgewicht eine ganz neue Gestalt angenommen hat.

In diesem Conflict nun sind wir in der zweiten Hälfte des vorigen Jahres in der unangenehmen Lage gewesen, unsern Sympathien zu Gunsten unserer Ueberzeugung Gewalt anthun zu müssen. Wir haben von 1848 an bis zum Ausbruch der orientalischen Krisis bei den fortgesetzten Reibungen zwischen Oestreich und Preußen es stets mit Preußen gegen Oestreich gehalten, so wenig wir uns auch mit dem Gang der preussischen Politik einverstanden erklären konnten. Nicht bloß der zufällige Umstand, daß wir Preußen sind, hat uns dazu veranlaßt, sondern einmal die Betrachtung, daß für die Culturstufe, der wir angehören, der preussische Staat der richtige Ausdruck ist, und nicht Oestreich, sodann der Umstand, daß das, was die preussische Regierung wollte, so wenig Beifall auch die Art und Weise verdiente, wie sie es ausführte, dennoch unsern eignen Ueberzeugungen näher stand, als das, was Oestreich wollte. Der letzte Punkt hat sich seit dem Ausbruch der orientalischen Krisis geändert, der erste nicht, wenigstens für jetzt nicht.

Wenn wir mit den unbefangenen Augen, welche die Beurtheilung der Gegenwart ebenso erheischt, wie die der Vergangenheit, das Verhalten der beiden Regierungen während der orientalischen Krisis betrachten, so müßten wir es aussprechen, daß die östreichische Regierung vom Anfang bis zum gegenwärtigen Augenblick mit der größten Umsicht und Entschlossenheit, mit ebenso großer Besonnenheit als Energie zu Werke gegangen ist, daß in ihrem Verfahren ein jeder Schritt den folgenden mit Nothwendigkeit bedingte, daß trotz der Langsamkeit dieser Schritte ein stetiger Fortgang zu bemerken war, daß die Politik nach einer bestimmten Richtung hinging, und daß in jedem

Augenblick die wohlwogene Rücksicht auf das Interesse des Staats das leitende Princip war. Wir glauben, daß eine solche Anerkennung das höchste Lob für die Weisheit einer Regierung ist, vorzüglich wenn die Anerkennung von einer Seite erfolgt, in welcher ganz und gar keine Sympathie für dieselbe zu erwarten ist.

Denn wer spricht diese Anerkennung am lautesten und lebhaftesten aus? — Die Anhänger der preussischen Regierung. — Die obengenannte Schrift ist im Sinne der preussischen Regierung geschrieben; wir wissen nicht, ob auch im Auftrage derselben; und sie enthält wunderlicherweise nichts Anderes, als den Nachweis, daß Oestreich von Anfang bis zu Ende mit der größten Umsicht und Geschicklichkeit sein eignes Interesse wahrgenommen und sich damit zugleich den Dank des Publicums oder des Volks erworben hat. — Wir sagen, wunderlicherweise, denn man sollte erwarten, daß damit das größte Lob gegen Oestreich ausgesprochen wäre: der Verfasser meint es aber als einen Tadel!

Was nun die preussische Politik betrifft, so macht sie in ihrer äußern Erscheinung auf den Unbetheiligten den Eindruck, als wenn sie sich im Kreise herumdrehte, bald nach rechts, bald nach links, bald vorwärts, bald rückwärts gehe. Aus der äußerlichen Erscheinung kann freilich noch kein genügendes Urtheil hergeleitet werden, denn die Politik eines Staats wird nicht dazu gemacht, um dem Publicum zu imponiren, und die Politik des Zauderns und Abwartens kann unter Umständen sehr weise sein, vorausgesetzt nämlich, daß der Zauderer eine bestimmte Absicht damit verbindet und die Entschlossenheit besitzt, im entscheidenden Augenblick mit aller Energie des Willens damit hervorzutreten. Können wir das aber von der gegenwärtigen preussischen Regierung, die für den Augenblick die Culturinteressen, die uns die theuersten sind, in welchen unser ganzes Dasein wurzelt, vorzugsweise zu vertreten hat, voraussetzen? Wir fürchten, diese Frage mit einem entschiedenen Nein beantworten zu müssen.

Trotz der scheinbaren Dunkelheit, in welche sich die preussische Politik einzuwickeln liebt, ist sie doch jedem Auge durchsichtig. Nicht bloß jeder Staatsmann Englands, Frankreichs, Oestreichs, Rußlands, sondern jeder Eckensteher in London, Wien und Paris weiß das Wort des Räthsels. Es liegt nämlich darin, daß sowol Neigung als Abneigung gegen Rußland, sowol Neigung als Abneigung gegen die Westmächte, sowol Neigung als Abneigung gegen Oestreich vorhanden ist, daß die Regierung den lebhaften Trieb hat, ihre europäische Machtstellung durch eine kühne Politik zu erweitern und zu befestigen, und den ebenso lebhaften Wunsch, sich keiner Gefahr auszusetzen; daß sie auf das eifrigste dahin trachtet, mit Oestreich, dem natürlichen Verbündeten, Hand in Hand zu gehen, und daß sie mit nicht geringerem Eifer sich bemüht, eine von

Oestreich unabhängige und isolirte Politik zu verfolgen; daß sie aus politischem Interesse die Erhaltung der Türkei, aus religiösem Interesse die Zerstörung der Türkei, aus politischem Interesse die Schwächung Rußlands, aus conservativem Interesse die Kräftigung Rußlands, aus conservativem Interesse das Gedeihen des Kaisers Napoleon, aus legitimistischem das Gegentheil wünscht u. s. w., denn wollte man all die verschiedenen Wünsche aufzählen, so würde man nicht fertig werden.

An und für sich sind das alles ja recht gewichtige Gesichtspunkte, und die Regierung war nicht nur berechtigt, sondern auch verpflichtet, sie sämmtlich in Rechnung zu ziehen; aber jede Rechnung muß schließlich zu einem Facit führen, und die preussische Politik hat nur den einen Fehler, daß sie nicht im Stande war, dies Facit zu ziehen, daß sie sich wenigstens bis jetzt noch nicht entschlossen hat, welchen von den verschiedenen Gesichtspunkten, die einander ausschließen, sie dem andern opfern soll. Denn geopfert muß etwas werden: man kann nicht zugleich den Frieden erhalten und Eroberungen machen, nicht zugleich für Rußland und für die Westmächte sein, wenn beide einander bekriegen u. s. w. Aber die Politik eines Staats kann nur dann gesund genannt werden, wenn sie das Vertrauen einflößt, daß die Entscheidung über alle jene Fragen nicht der augenblicklichen Stimmung, sondern dem entschlossenen Verstande übertragen wird. Die preussische Politik hat dies Vertrauen bisher nicht eingeflößt: nicht dem Publicum, das würde noch zu ertragen sein, aber auch nicht den Staatsmännern, mit denen sie es zu thun hat, und das ist schon, abgesehen von allen weitem Folgen, ein ganz unmittelbarer großer Verlust, der sich auch dann geltendmachen wird, wenn wider alles Erwarten die preussische Politik plötzlich ebenso energisch und rücksichtslos zu Werke gehen sollte, als sie bis jetzt schüchtern und zurückhaltend gehandelt hat. Denn jener Mangel an Vertrauen erschwert ihre Verhandlungen mit dem Ausland und stellt ihr weit ungünstigere Ausichten vor Augen, als es unter andern Umständen der Fall wäre. Es kommt alles auf den Moment an. Wenn Herr v. Usedom vor einem halben Jahre nach London geschickt wäre, um ohne Vermittlung Oestreichs direct mit England zu unterhandeln und zu vernehmen, was für Vortheile sich denn eigentlich Preußen versprechen könne, wenn es sich in ein so gefährliches Unternehmen einliese, so wäre diese Sendung gewiß von Erfolg gewesen; jetzt aber, nach der Absetzung von Bunsen und Bonin und den unmittelbar damit zusammenhängenden Umständen, und nach dem Abschluß des Decembervertrags, wird Herr v. Usedom wol keine günstigere Aufnahme in London finden, als etwa Graf Gröben, Graf Dohna, Herr v. Gerlach oder sonst ein anderer dieser Farbe. Herr v. Usedom hat sich allerdings durch seine politischen Briefe und Charakteristiken als ein geistvoller Mann gezeigt, er ist, wie wir hören, ein ebenso großer Kenner des Generalbasses, als es Herr v. Radowiz war, und

er gehört zu den Politikern, die über die Haltung der Kreuzzeitung den Kopf schütteln; allein alle diese Umstände werden wol das Cabinet von St. James nicht abhalten, ihn zu fragen, was er eigentlich bringe.

Gegen die Rivalität mit Oestreich wäre nichts einzuwenden, wenn sie in einem richtigen Zeitpunkt eingetreten wäre. Preußen konnte, wenn es unmittelbar nach der Krimexpedition, jenem Unternehmen, durch welches die Westmächte Deutschland die Garantie für den Ernst ihrer kriegerischen Absichten gaben, Partei genommen hätte, seine Politik zum Mittelpunkt der europäischen Politik machen, denn obgleich die kleinste der Großmächte, ist Preußen doch durch seine Lage in der That der Mittelpunkt der europäischen Conflictte und wird, jenachdem seine Regierung stark oder schwach ist, sie leiten oder ihnen unterliegen: — in diesem Augenblick ist diese Stellung nicht mehr möglich; jetzt kann Preußen seine Stellung gegen die Westmächte und gegen Rußland nur durch ein aufrichtiges Einverständnis mit Oestreich erwerben.

Nach der vorliegenden Broschüre aber zu urtheilen, sollte die Rivalität gegen Oestreich auf eine Weise fortgesetzt werden, bei der man nicht recht weiß, ob man sich in einem Lustspiel oder in einem Ifflandschen Rührstück befindet. Der Verfasser, der übrigens durchaus kein Anhänger Rußlands ist, schildert mit beredten Worten die grausamen Zumuthungen Oestreichs an den deutschen Bund, dessen staatsrechtliche Bedeutung dem Ausland gegenüber er ungefähr in einer Weise auffaßt, wie die der Eidgenossenschaft, und fährt dann S. 11 fort: „Das Berliner Cabinet scheint deshalb wol erkannt zu haben, daß Preußen, indem es vorzieht, als europäische Macht dem Andringen Oestreichs besonnen immer einige Schritte entgegen und darin dem Bunde zuvorzukommen, diesen selbst möglichst lange vor vorschneller Verwicklung schütze. Deshalb hat Preußen consequent langsame Concessionen an Oestreich gemacht und dem Kaiserstaate gegenüber Verpflichtung auf Verpflichtung übernommen, ohne irgend für die Gegenseitigkeit bestimmte Gesichtspunkte geboten zu erhalten. Bei der schroffen Form, in welcher Oestreich seine Begehren geltendzumachen und zugleich seine Propaganda in Deutschland wirken zu lassen pflegte, gehörte dazu gewiß viel Selbstüberwindung.“

Man könnte fast gerührt werden, obgleich sich freilich noch etwas Anderes dahinter versteckt. Preußen schließt mit Oestreich Separatverträge, um den Einfluß Oestreichs auf den deutschen Bund zu hindern, was heißt doch fast soviel, als ob diese Verträge den Zweck haben sollten, Oestreichs Bewegungen zu lähmen?

Es fehlt nicht an den gewöhnlichen Vorwürfen gegen Oestreich. Oestreich gehe von selbstsüchtigen Absichten aus — woran kein Mensch gezweifelt hat; Oestreichs Einfluß in den Donaufürstenthümern habe es noch nicht dahin gebracht, daß die preußische Consulatsflagge in Jassy wieder hätte aufgezogen

werden können; Baron Koller habe in London am eifrigsten am Zustandekommen des berühmten Londoner Protokolls gearbeitet, und auch jetzt habe Oestreich in seinen Verhandlungen mit den Westmächten noch keine bestimmten Forderungen zu Gunsten Preußens und Norddeutschlands gestellt, sondern nur Preußen in der öffentlichen Meinung in ein falsches Licht und in eine falsche Stellung gebracht.

Aber wie in aller Welt soll Oestreich dazu kommen, Forderungen zu Gunsten Preußens zu stellen? in Jassy ein bequemes Local für die Herren Reigebaur, Wedeke oder Meusebach einzurichten? Wir dächten, es wäre Preußens Sache, das zu verlangen. Warum schließt Preußen Verträge mit Oestreich, die es in ein falsches Licht und in eine falsche Stellung zur öffentlichen Meinung bringen? Oestreich hat seine Forderungen so bestimmt, als unter den gegenwärtigen Umständen möglich ist, formulirt; warum thut Preußen nicht dasselbe? Warum erklärt es nicht den österreichischen Staatsmännern: die Revision des Vertrags mit Rußland vom 3. Mai 1815, die Revision des Londoner Protokolls, die Regulirung der Consulatverhältnisse in den Donaufürstenthümern und die Revision der Sundzollverträge sind die Bedingungen, unter denen Preußen eine Theilnahme an dem Vorgehen Oestreichs verheißt, und zu deren Unterstützung sich Oestreich vertragsmäßig verpflichten muß, bevor Preußen sich auf irgendetwas Weiteres einläßt? Soweit wir die Sachlage übersehen, wird Oestreich diesen gerechten und gemäßigten Anforderungen seine Mitwirkung nicht versagen. Sollte das aber dennoch wider Erwarten der Fall sein, so ist alsdann Preußen in der Lage, seinerseits an die öffentliche Meinung zu appelliren; es würde sich dann herausstellen, daß Oestreichs Sache mit der deutschen Sache nicht zusammenfällt, und die Hegemonie über die deutschen Staaten, die dem Unentschlossenen gewiß nicht in den Schoß fallen wird, würde dann keine Frage mehr sein. Solange das aber nicht geschehen ist, haben die Vertheidiger der preußischen Regierung durchaus kein Recht, Oestreichs Aufrichtigkeit den deutschen Interessen gegenüber zu bezweifeln.

Die Sache hätte schon längst geordnet sein können, wenn nicht Preußen den Fortschritt der Begebenheiten gestillt hätte. Allein es ist noch immer nicht zu spät. Noch immer, und darin stimmen wir mit dem Verfasser jener Broschüre überein, ist Preußen verhältnißmäßig in einer günstigen Lage; noch immer kann es für seine Mitwirkung gegen Rußland einen hohen Preis beanspruchen. Wir halten zu diesem Zweck eine totale Umgestaltung des preussischen Ministeriums nicht einmal für nothwendig. Nothwendig wäre nur die Entfernung der notorischen Anhänger Rußlands aus den höchsten Stellen, namentlich im Kriegsdepartement.

Wir müssen immer dabei stehen bleiben, daß Preußens Bündniß mit Ruß-

land heute noch eine ebenso große Unmöglichkeit ist, als an dem Tage, da der General Bonin die bekannten Worte aussprach. Eine Neutralität Preußens, wenn es wirklich zum Krieg zwischen Oestreich und Rußland kommt, ist ebenso unmöglich. Die Russenfreunde machen immer ein großes Wesen von dem preussischen Ehrgefühl, welches sich angeblich durch die dringenden Anforderungen der Westmächte verletzt fühlen sollte. Sie vergessen dabei völlig, daß ihr Freund, der russische Staatskanzler, in der ersten Note an die Höfe von Berlin und Wien es ausdrücklich erklärte, daß eine zweideutige Neutralität, d. h. eine Neutralität, die nur den günstigen Augenblick abwartete, um für die eine oder für die andere Seite Partei zu ergreifen, weder von Rußland noch von den Westmächten geduldet werden könne. Es ist das kein Uebermuth, sondern es liegt in der Natur der Sache. Man kann einen Krieg gegen ein fernes Land nicht eher unternehmen, als man sich versichert hat, daß nicht der gerüstete Nachbar etwa einen feindlichen Einfall ins eigne Land machen wird. Sobald im Laufe dieses Jahres die Westmächte im Verein mit Oestreich den Krieg gegen Rußland unternehmen, müssen sie vorher materielle Garantien dafür erlangen, daß Preußen sich nicht etwa im Lauf der Zeit auf Seite Rußlands stellen wird; und wenn sie diese nicht erlangen, so wird ihnen Preußen als eine feindliche Macht gegenüberstehen. Das ist nicht eine Anmaßung, durch welche der gerechte Stolz Preußens sich verwundet fühlen könnte, sondern es ist die innere Nothwendigkeit der Kriegführung. Die preussischen Staatsmänner werden wählen müssen, bevor der Krieg ausbricht, und je rascher und energischer sie sich entschließen, je größer die Hilfleistung ist, die sie dem Westen in Aussicht stellen können, destoweniger Anstand werden die Westmächte nehmen dürfen, den Ansprüchen Preußens gerecht zu werden. Dann wird jeder Gewinn, den Oestreich, jeder Gewinn, den Preußen macht, zugleich ein Gewinn für Deutschland sein, und weit entfernt, in der kläglichen Politik einer eidgenössischen Neutralität zu versumpfen, wird der deutsche Bund, getragen von Oestreich und Preußen, sich zu der Höhe einer wahren Großmacht erheben, die ebenbürtig Rußland und England an die Seite tritt. Die Macht, die am wenigsten wünschen kann, daß ein solches Resultat zustandekäme, Frankreich, ist in diesem Augenblicke durch seine Ehre und seinen Vortheil gebunden; wie lange sie es noch bleiben wird, kann niemand berechnen, und nur solange bleibt das bescheidenstolze Motto, welches unser Verfasser seiner Schrift gegeben, in Giltigkeit.